

中国报界



CHINA  
REPORT

Nummer 1/1971

# 中国报导

## CHINA- REPORT

### INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 5    Rechtliche und politische Aspekte der  
          Anerkennung der Peking-Regierung durch Österreich
- Seite 12    Österreicher in Peking
- Seite 15    Zur japanischen China-Politik
- Seite 20    Der Einfluß der Kulturrevolution auf die  
          Peking-Oper
- Seite 24    Chronik der österreichisch-chinesischen Beziehungen  
          1) Fakten und Taten  
          2) Dokumente

Dr. Gerd Kaminski

RECHTLICHE UND POLITISCHE ASPEKTE  
DER ANERKENNUNG DER PEKINGER REGIERUNG  
DURCH ÖSTERREICH

Als am 1. Oktober 1949 von der vom Politischen Konsultativen Volksrat neu gewählten Zentralregierung zu Peking die Volksrepublik China ausgerufen wurde, hatte Österreich drei verschiedene Möglichkeiten, um diesem Ereignis Rechnung zu tragen. Es konnte etwa dem Beispiel des Nachbarn Schweiz folgen, welcher bereits im Jänner 1950 die Pekinger Regierung unter dem Hinweis als rechtmäßige Regierung Chinas anerkannte, daß sich ihre Gebietshoheit bereits auf fast das gesamte chinesische Territorium erstreckte.<sup>1)</sup> Eine andere Alternative lag in dem Verhalten der meisten mit den USA verbündeten Staaten, welche in der Folge den Sitz ihrer diplomatischen Vertretungsbehörden nach Taiwan (Formosa) verlegten und damit zum Ausdruck brachten, daß sie das Regime Tschiang Kai-scheks für befugt erachteten, China zu vertreten. Schließlich bot sich auch der Kurs einer dritten Staatengruppe, der z. B. Island, Irland und Malta angehörten, als richtungsweisend an. Diese Staaten hatten sich zu einer abwartenden Haltung entschlossen und verweigerten vorerst sowohl der Regierung in Peking wie auch der in Taipei ihre Anerkennung.

Österreich entschloß sich dazu, von der letztgenannten Möglichkeit Gebrauch zu machen. Erstens mögen dafür wichtige politische Gründe maßgebend gewesen sein. Der in Besatzungszonen zerteilte Staat hatte bei der Gestaltung seiner Außenpolitik auf die guten Beziehungen zu den Alliierten Rücksicht zu nehmen und es ist anzunehmen, daß eine Entscheidung für Taipei bei der Sowjetunion bzw. eine für Peking bei den USA Verstimmung ausgelöst hätte. Zudem konnte Österreich seine Entscheidung mit juristischen Argumenten seriös untermauern. Die Methode des „Objektiven Tests“, welche sich in Lehre und Staatenpraxis überwiegend durchgesetzt hat<sup>2)</sup>, stellt für die Anerkennung einer De-facto-Regierung folgende Bedingungen: 1. Ausübung effektiver Kontrolle der neuen Regierung über den größten Teil des Staatsgebiets und der Bevölkerung; 2. Dauerhaftigkeit dieser Kontrolle. Was Punkt 1 betrifft, so erschienen die darin enthaltenen Bedingungen durch die Regierung in Peking erfüllt. Doch konnte die österreichische Regierung bezüglich des Erfordernisses der Dauerhaftigkeit zur damaligen

Zeit mit einiger Berechtigung sagen, die widersprüchlichen Nachrichten über die Verhältnisse in dem weit entfernten Riesenreich ließen fundierte Aussagen über die Lebensdauer der neuen chinesischen Regierung nicht zu.

Der Koreakrieg, welcher bald darauf ausbrach, und das viele Jahre währende überaus schlechte chinesisch-amerikanische Verhältnis machten es auch für spätere österreichische Regierungen politisch inopportun, in der Frage der Anerkennung der Pekinger Regierung initiativ zu werden. Immerhin bestätigte sich während jener Jahre die Unumstößlichkeit zweier Tatsachen: Erstens ist die Volksrepublik China kein Marionettenstaat der Sowjetunion. Jene, welche dies behaupteten<sup>3)</sup> wurden durch das selbstbewußte Auftreten Chinas in seinem Konflikt mit der Sowjetunion in ideologischen und Grenzfragen eines besseren belehrt<sup>4)</sup> und darauf hingewiesen, daß die Volksrepublik China im internationalen Geschehen als eigenständiger Faktor in Rechnung gestellt werden muß. Zweitens konnte auch die Kulturrevolution, trotzdem sie in China bedeutende Unruhe erzeugte, an der effektiven Durchsetzung der kommunistischen Regierung nichts ändern, sondern erwies sich als eine von oben her geplante Massenbewegung, die in – wenn auch weit gesteckten – Grenzen gehalten wurde.

Während der letzten Jahre mehrten sich Indizien dafür, daß die westlichen Großmächte diese Zeichen zu deuten wußten. Frankreich zog bereits 1964 die Konsequenzen und ging in einem spektakulären Alleingang dem amerikanischen Bündnispartner in der Anerkennung der rotchinesischen Regierung voraus. Die chinesische Regierung honorierte diesen Schritt eines ständigen Mitgliedes des Sicherheitsrates, von dem man auch Auswirkungen auf die Haltung von Frankreichs ehemaligen Kolonien erwarten konnte, indem sie darauf verzichtete, in den offiziellen Erklärungen über die Anerkennung das Taiwan-Problem zur Sprache zu bringen.

Aber auch in den USA begann die einstmals so starke Front derer, welche die chinesische Volksrepublik innerhalb der Staatengemeinschaft isolieren wollten, abzubröckeln. Das „Komitee einer Million“, welches 1953 zu dem Zweck

gegründet worden war, um die Anerkennung der Regierung in Peking und die Zulassung ihrer Delegation zu den UN zu verhindern, hatte ab 1966 zunehmend Austritte wichtiger Persönlichkeiten zu verzeichnen.<sup>5)</sup> Anlässlich von Hearings des Außenpolitischen Ausschusses des US-Senates, welche im gleichen Jahr abgehalten wurden, sprach sich eine Reihe von Experten für eine Reorientierung der amerikanischen China-Politik aus.<sup>6)</sup> In der Folge wurde der Druck auf die amerikanische Regierung in Richtung einer versöhnlicheren Haltung zur Volksrepublik China immer stärker.<sup>7)</sup> Schließlich war es der amerikanische Präsident Nixon, welcher begann, diesem Druck allmählich nachzugeben. Bereits in seiner ersten „state of the world message“ gab er seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich das amerikanische Verhältnis zum kommunistischen China bessern möge und unterstrich seine Worte durch eine Reihe von Maßnahmen, welche der Erleichterung des Handels- und Reiseverkehrs mit China dienen sollten.<sup>8)</sup> Im Juli 1970 ließ er sogar in einem informellen Gespräch mit einem Korrespondenten der Washington Post durchblicken, daß er die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Peking begrüßen würde.<sup>9)</sup>

Es bedurfte dann kaum mehr der Aktionen Kanadas, dessen Außenminister Mitchell Sharp Ende September 1970 offensichtlich mit stillschweigender Billigung der amerikanischen Regierung ankündigte, Kanada sei dabei, sich mit Peking auf eine Anerkennungsformel und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einigen<sup>10)</sup>, um Österreich anzuzeigen, daß eine großangelegte Neubewertung der Stellung Chinas in der Staatengemeinschaft bevorstand.

Welch große Bedeutung der damaligen prompten österreichischen Reaktion zukam, hat sich in der Zwischenzeit erwiesen. Hätte Österreich damals nicht reagiert, so würde es heute als dauernd neutraler Staat, der seine Anerkennungs politik frei von politischen Sonderinteressen an rechtlichen Gesichtspunkten orientieren kann, selbst hinter den USA herhinken, welche bei ihrer Anerkennung der Pekinger Regierung eine Unzahl von politischen Erwägungen mitzubersichtigen haben. Glücklicherweise übermittelte jedoch Außenminister Dr. Kirchschräger bereits sehr bald dem österreichischen Nationalrat einen mit 20. Oktober 1970 datierten Bericht über „Überlegungen betreffend das Verhältnis Österreichs zur Volksrepublik China“.<sup>11)</sup> Darin wies er darauf hin, daß durch die kanadische Anerkennung die Diskussion um das Verhältnis zur Volksrepublik China in ein akutes Stadium getreten sei. Die großen weltpolitischen Probleme könnten ohne die Volksrepublik

China nicht mehr gelöst werden und außerdem komme schon seit längerer Zeit aus österreichischen Wirtschaftskreisen die Anregung, den Realitäten bezüglich Chinas Rechnung zu tragen.

Politisch lag der österreichische Außenminister mit seinem Bericht einwandfrei richtig. Und nicht nur das – auch um die rechtliche Deckung brauchte ihm nicht bange zu sein. Wer könnte heute noch, nachdem die Pekinger Regierung fast 22 Jahre lang das chinesische Festland kontrolliert, ihre Dauerhaftigkeit in Frage stellen?

Dies waren günstige Vorzeichen für eine rasche Erledigung der Frage im österreichischen Parlament. Der Bericht des Außenministers wurde am 19. Februar 1971 vom außenpolitischen Ausschuß des österreichischen Nationalrats und am 3. März 1971 vom Plenum einstimmig genehmigt. Während der China-Debatte im außenpolitischen Ausschuß setzte sich die Auffassung durch, daß die Verfolgung einer Zwei-China-Theorie durch Österreich im Zuge der Anerkennungsverhandlungen nicht zielführend sei.<sup>12) 13)</sup> – Eine Weichenstellung, die sich heute als besonders wertvoll erweist, da feststeht, daß mit einer Zwei-China-Theorie bei Anerkennungsverhandlungen mit Peking nicht zum Erfolg zu kommen ist und Prophezeiungen bezüglich eines Einlenkens beider chinesischer Regierungen in dieser Frage erst kürzlich wieder durch offizielle Stellungnahmen von beiden Seiten widerlegt wurden.<sup>14)</sup> Die Debatte im Ausschuß sowie die Debatte im Plenum erbrachten noch ein weiteres wichtiges Resultat: es wurde angeregt, daß die österreichische Verhandlungsdelegation unabhängig von den Verhandlungsergebnissen anderer Staaten eine „österreichische Formel“ anstreben solle. Wesentlicher Grund dafür mag die Furcht gewesen sein, daß der Preis für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen seitens Pekings noch in die Höhe geschraubt werden könne. Mögliche Anzeichen dafür waren vorhanden. In den Kommuniquees, welche die Pekinger Regierung gemeinsam mit den Regierungen Äquatorialguineas (15. Oktober 1970)<sup>15)</sup> und Äthiopiens (24. November 1970)<sup>16)</sup> veröffentlichte, war nämlich die Anerkennung der Regierung in Peking als für das ganze chinesische Volk vertretungsbefugte Regierung enthalten. Gegenüber der kanadischen Formel, durch die ein Anspruch Festland-Chinas auf Formosa wohl zur Kenntnis genommen, nicht aber anerkannt wurde, konnte die als bedeutende Verschärfung angesehen werden, da die ausdrückliche Anerkennung der Vertretungsbefugnis für das gesamte chinesische Volk die Interpretation zuläßt, daß auch die Chinesen auf Formosa und die Überseechinesen, soweit sie chinesische Staatsangehörigkeit besitzen, darunter fallen.<sup>17)</sup>

Daher war es naheliegend, daß man von österreichischer Seite Bedenken hatte, gleich mit der kanadischen Formel als Verhandlungsgrundlage zu beginnen, um dann womöglich noch zu weitreichenderen Zugeständnissen gezwungen zu sein. Die „österreichische Formel“ sollte der österreichischen Delegation jenen Verhandlungsspielraum verschaffen, dessen letzte Einengung auf die „kanadische Formel“ von Österreich notfalls wohl hingenommen worden wäre.

Die Verhandlungen verliefen jedoch dann weit reibungsloser, als man zu hoffen gewagt hatte. Nachdem am 10. März der erste Kontakt über die Botschaften in Bukarest aufgenommen worden war, konnte nach bloß fünfmaligem Zusammentreffen bereits am 26. Mai das gemeinsame Kommuniqué unterzeichnet werden, das sich auf die Anerkennung der Regierung der Volksrepublik China als einzige rechtmäßige Regierung beschränkt, ohne daß auf Formosa im Text oder in Nebenabreden Bezug genommen wurde.<sup>18)</sup> Die Bedeutung des österreichischen Verhandlungserfolges wird auch nicht durch den Umstand geschmälert, daß bereits vorher Kuweit und San Marino ein ebensolches chinesisches Entgegenkommen zuteil geworden war.<sup>19)</sup> Nach den Verhandlungen mit den beiden Zwergstaaten war der von Österreich erreichte Kompromiß jene entscheidende Bestätigung, die noch gefehlt hatte, um eine neue Position in der chinesischen Außenpolitik nachweisen zu können. Außerdem brachte das chinesisch-österreichische Kommuniqué doch zumindest eine echte Premiere, da es den wichtigen Passus enthielt: „Die chinesische Regierung respektiert den Status der Neutralität der Republik Österreich“. Wohl hat Premier Tschu En-lai bereits am 30. Jänner 1965 vor dem Gesamtchinesischen Komitee des Politischen Konsultativrates die Entscheidung Österreichs für die dauernde Neutralität begrüßt und darauf hingewiesen, daß China dessen Status respektieren werde<sup>20)</sup>, doch handelte es sich dabei kaum um eine nach außen verbindliche Anerkennung Österreichs als dauernd neutraler Staat, dessen Neutralitätserklärung mangels diplomatischer Beziehungen der chinesischen Volksrepublik nicht notifiziert worden war. Auch die Tatsache, daß im gemeinsamen Kommuniqué mit San Marino festgehalten ist, daß die Regierung der Volksrepublik China die von der Regierung der Republik San Marino verfolgte Politik der Neutralität respektiert, tut dem Premieriencharakter des österreichischen Verhandlungsergebnisses keinen Abbruch, da San Marino kein dauernd neutraler Staat ist, und die chinesische Erklärung daher nicht die gleichen Rechtsfolgen erzeugen konnte, wie gegenüber dem dauernd neutralen Österreich.

Angesichts der Geburt der dauernden Neutralität aus der am internationalen Gleichgewicht orientierten gemeinsamen Interessenlage der Großmächte und der im Zeitalter der schrumpfenden Distanzen für den dauernd Neutralen noch wichtiger gewordenen Anerkennung seines Status durch alle Großmächte, kommt diesem Schritt der Pekingener Regierung hervorragende Bedeutung zu. – Nicht nur daß der Status Österreichs nunmehr allen Großmächten gegenüber abgesichert ist, auch das Verhältnis österreichische Neutralität – UN-Mitgliedschaft gewinnt dadurch neue Aspekte. Gemäß Art. 48 SVN hat der Sicherheitsrat das Recht, einzelne Staaten von der Teilnahme an von ihm beschlossenen kollektiven Zwangsmaßnahmen zu entbinden. Auf Grund der aus der Anerkennung der dauernden Neutralität eines Staates sich ergebenden Verpflichtung, dem Neutralen die Einhaltung seiner Neutralitätsverpflichtungen nicht zu verunmöglichen, konnte Österreich bis jetzt für den Fall einer Pflichtenkollision aus UN-Satzung und dauernden Neutralität, von vier der fünf ständigen mit Vetorecht ausgestatteten Mitglieder des Sicherheitsrates, welche die österreichische Neutralität ausdrücklich anerkannt haben, diese Dispens als Recht fordern.<sup>21)</sup> Der zu erwartende Einzug der Delegation der chinesischen Volksrepublik in den Sicherheitsrat hätte zur Folge, daß sämtliche ständige Mitglieder des Sicherheitsrates bei einschlägigen Entscheidungen an die Beobachtung der österreichischen Neutralität gebunden sein würden.

Nicht wenig Kopfzerbrechen hat es über die Motivierung des chinesischen Entgegenkommens gegeben. Der Umstand, daß Österreich zur Regierung in Taipei keine diplomatischen Beziehungen unterhielt, mag die Verhandlungen erleichtert haben, reicht aber allein zur Begründung des chinesischen Verhaltens nicht aus, da etwa Kuweit, welches von Peking das gleiche Zugeständnis erreichen konnte, sehr wohl vorher mit Taipei diplomatische Beziehungen unterhalten hat. Nicht einmal zur Begründung von Nebenmotiven reicht das Argument aus, welches von dem amerikanischen Magazin News-week angeboten wurde, und für das von Seiten Taipeis Stimmung gemacht wird: im Hintergrund der rotchinesischen Konzessionsbereitschaft stehe die Absicht, in Wien ein großes Spionagezentrum zu errichten<sup>22)</sup>. Bisher in Wien ansässige Funktionäre der chinesischen Volksrepublik – die Angehörigen der chinesischen Handelsmission in Wien – haben bis jetzt jede Aktion, die als Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse hätte ausgelegt werden können, peinlichst vermieden und, wenn in Peking tatsächlich die Absicht bestünde, dieses Verhalten nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu ändern,

hätte man sich dann wirklich dieses Verhalten durch die Anerkennung der österreichischen Neutralität erschwert? – Wie Außenminister Dr. Kirchschräger in einer Pressekonferenz am 27. Mai bekanntgab, ist der Hinweis auf Österreichs Neutralität von der Pekinger Delegation aus eigenem in den Text aufgenommen worden, ohne daß Österreich diesen Wunsch in den Verhandlungen besonders vertreten oder honorieren mußte.<sup>23)</sup> Im Konzept des Aufbaues eines Spionagezentrums in Österreich gesehen, wäre dieses Verhalten völlig unlogisch. Außerdem wurde ja von nationalchinesischen Stellen selbst aufgezeigt, daß Nachrichtenzentralen sehr wohl in Staaten aufgebaut werden können, in denen man nicht diplomatisch vertreten ist.<sup>24)</sup>

Zieht man die besondere Position Chinas in der Staatengemeinschaft in Betracht und verfolgt man die jüngsten Kommentare der chinesischen Presse, so vermag man den chinesischen Motiven eher näherkommen. Bereits nach der Aufnahme offizieller Beziehungen zu San Marino hieß es in der offiziellen chinesischen Tageszeitung Renmin Ribao: „... Wir vertreten die Meinung, daß alle Staaten, ob groß oder klein, gleichberechtigt sein müssen, bekämpfen entschlossen die Machtpolitik der sogenannten ‚Supermächte‘, die sich anderen überlegen dünken, bekämpfen entschlossen ihre Willkür- und Gewalttaten gegenüber anderen Ländern, ihre Einmischung in deren innere Angelegenheiten sowie ihre Übergriffe auf deren Souveränität und territoriale Integrität...“<sup>25)</sup> Analog dazu enthielt ein der österreichischen Anerkennung gewidmeter Leitartikel der Renmin Ribao folgende Sätze: „... Wir vertreten seit eh und je die Auffassung: Alle Staaten, ob groß oder klein, sind in den internationalen Angelegenheiten gleichberechtigt und es wird niemals zugelassen, daß Großmächte kleine Länder schikanieren und starke Länder schwache tyrannisieren. Wir dulden keine Einmischung anderer Staaten in die inneren Angelegenheiten unseres Landes und werden uns niemals in die anderer Länder einmischen. Gemeinsam mit den Völkern der ganzen Welt sind wir entschieden dagegen, daß ein oder zwei ‚Supermächte‘ eine Machtpolitik betreiben, die internationalen Angelegenheiten monopolisieren, die Souveränität anderer Staaten verletzen und den nationalen Interessen anderer Länder schaden...“<sup>26)</sup>

Die oben zitierten Ausführungen machen es wahrscheinlich, daß das Entgegenkommen Pekings als Geste an die kleinen und schwachen Staaten gedacht war, um die positive Einstellung der Volksrepublik China zu Staaten, welche keinem der Militärblöcke angehören, besonders hervorzu-

kehren. Der Hinweis, daß China nicht daran denke, sich den Charakter einer Supermacht beizulegen, mag als Hinweis dafür gewertet werden, daß Peking beabsichtigt, im Rahmen der UN, den Anwalt für die „Dritte Welt“ zu machen. Darüber hinaus fanden durch die chinesischen Erklärungen die Ansichten jener ihre Bestätigung, die darauf hingewiesen haben, daß Chinas Revolutionsstrategie als „do it yourself“-Modell anzusehen ist<sup>27)</sup>, welches sich außerdem in der Anwendbarkeit auf Staaten beschränkt, die sich in einem nationalen Befreiungskrieg gegen „inneren Feudalismus“ und „auswärtigen Imperialismus“ wenden.<sup>28) 29)</sup>

Der österreichische Erfolg darf aber nicht nur deshalb begrüßt werden, weil er mitgeholfen hat, außenpolitische Positionen und Leitlinien der Regierung in Peking klarzustellen, sondern auch vor allem weil Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen auf einer rechtlich einwandfreien Basis vollzogen werden konnten.

Österreich hat nunmehr sein Verhältnis zu einem Staat ins Reine gebracht, welcher von vielen als der dominierende des 21. Jahrhunderts bezeichnet wird. Es ist anzunehmen, daß China diesen Schritt nicht nur durch verstärkte Zugänglichkeit für chinesisch-österreichische Kontakte auf dem Gebiet von Politik, Kultur und Wissenschaft honorieren wird, sondern daß die Versuche der österreichischen Wirtschaft, auf dem gigantischen chinesischen Markt Fuß zu fassen, nach dem chinesischen Prinzip der „Untrennbarkeit von Politik und Handel“ infolge der Herstellung diplomatischer Beziehungen Erleichterungen begegnen werden. Über die Aspekte der nationalen Interessen hinaus, scheint aber Österreich bezüglich seiner Beziehungen zu China auch eine bedeutsame Rolle zuzufallen, welche für die gesamte Staatengemeinschaft von höchstem Interesse ist. Das dauernd neutrale Österreich ist einer jener wenigen Staaten, welche zu China ein völlig unbelastetes Verhältnis aufweisen können. Der österreichischen Friedenspolitik mag daher hier ein wichtiges Feld erschlossen worden sein, wo ein unverdächtiger Mittler in einem Maße aufklärend und ausgleichend zu wirken vermag, so daß geradezu von der Übernahme einer Pionierrolle auf dem Sektor der Förderung des allgemeinen Fortschritts und des Weltfriedens gesprochen werden könnte.

Neben den politischen Folgen der Anerkennung der Pekinger Regierung wird Österreich auch die juristischen zu berücksichtigen haben. Österreich hat die Regierung in Peking als die einzige legale Chinas anerkannt. Die bevorstehende UN-Generalversammlung wird wahrscheinlich eine der ersten Gelegenheiten sein, wo

die Rechtswirkungen dieses Anerkennungsaktes voll zum Tragen kommen werden. Österreich wird nunmehr, nachdem es sich für eine der beiden Regierungen entschieden hat, bona fide nicht mehr noch einmal gesondert für das Forum der UN wählen können, welche der beiden Regierungen berechtigt ist, China in den Organen der Vereinten Nationen zu vertreten. Es ist vielmehr zu erwarten, daß es in die Form rechtlicher Fiktionen gekleideten politischen Manövern aus dem Weg gehen und die Realitäten überall dort in Rechnung stellen wird, wo es das Völkerrecht und die Interessen der Staatengemeinschaft fordern. Einer klaren Haltung Österreichs wird schon aus dem Grund Bedeutung zukommen, da die auf der UN-Generalversammlung 1970 abgegebene Votumserklärung Österreichs, man stimme zwar für die Zulassung der Delegation aus Peking, wende sich aber gegen einen „Ausschluß“ Formosas von Beobachtern fälschlich als Bekenntnis zur Zwei-China-Theorie ausgelegt wurde.<sup>30)</sup>

Die Zwei-China-Theorie wurde in der Zwischenzeit von sämtlichen Beteiligten als untaugliches Mittel zur Lösung der chinesischen Frage erkannt. Der Umstand, daß die USA auf der heurigen Generalversammlung noch damit operieren wollen, deutet nicht etwa darauf hin, daß sie an die Praktikabilität dieser Formel glauben, sondern läßt bloß den Schluß zu, daß sie darum bemüht sind, ihren Verbündeten gegenüber das Gesicht zu wahren. Die Nachricht, daß die USA auf der kommenden Generalversammlung die Ansicht vertreten werden, daß bezüglich der Besetzung des chinesischen Sitzes im Sicherheitsrat der Entscheidung der Generalversammlung bezüglich des dortigen chinesischen Sitzes gefolgt werden soll<sup>31)</sup>, weist darauf hin, daß die USA im Begriff sind, ein Scheingefecht zu inszenieren, von dem sie wissen, daß sie es verlieren werden. – Würden die USA sonst einen Pfeil aus dem Köcher ziehen, dem von vorneherein die Spitze fehlt? In einer Zeit, in der die Anerkennungswelle für Peking immer höher rollt, ist ein Konzept, das im Effekt den Einzug der rotchinesischen Delegation verhindern würde – Peking hat bis zuletzt betont, daß es nie mit Vertretern des Tschiang-Regimes in den UN beisammensitzen würde – ganz einfach nicht mehr durchzusetzen. – Ganz abgesehen von der mangelhaften rechtlichen Fundierung.

Schon der Ansatz geht von einer rechtlichen Fiktion aus, nämlich der Mitgliedschaft eines Staates „Taiwan“ in den UN. Bekanntlich gibt es in dieser Organisation nur das Mitglied „China“, welches bis jetzt durch eine nationalchinesische Delegation vertreten wurde. Daß es sich dabei um die Vertretung des großen Kontinental-China han-

delte, wurde nicht nur von den nationalchinesischen Vertretern stets betont, sondern geht auch aus den Karten und Bevölkerungszahlen, welche in den offiziellen UN-Dokumenten ausgewiesen sind, eindeutig hervor. Auch der bis jetzt von nationalchinesischen Vertretern beglichene Mitgliedsbeitrag bestimmte sich nach gesamtchinesischen Dimensionen.

Kommt nun die Generalversammlung zur Auffassung, daß nunmehr die von Peking entsandten Delegierten befugt seien, China in den Organen der UN zu vertreten, so wird nicht etwa der „Staat Taiwan“ durch die Volksrepublik China ersetzt, sondern bloß die nationalchinesischen Vertreter, welche bis jetzt den Sitz Chinas eingenommen haben, durch eine Vertretung aus Peking.

Daher muß auch das Argument, ein „Ausschluß Taiwans“ müsse mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, völlig ins Leere gehen. Denn: 1. Ein Staat, der nicht Mitglied ist, kann logischerweise auch nicht ausgeschlossen werden. 2. Ein „Staat Taiwan“ könnte nur dann entstehen, wenn die in Taipei etablierte Regierung Separationsabsichten hätte. Diese hat aber bis zuletzt beansprucht, für ganz China vertretungsbefugt zu sein, und die Notwendigkeit der Rückgewinnung des „Restgebietes“ stets betont.<sup>32)</sup> 3. Selbst wenn die Regierung in Taipei einmal Separationsabsichten kundgibt, könnte ein „Staat Taiwan“ erst dann ohne Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten in die UN aufgenommen werden, wenn der Mutterstaat die Absicht auf Rückgewinnung aufgegeben hat.<sup>33) 34)</sup>

Politisch gesehen wäre das Eintreten für eine juristisch derart mangelhafte Konzeption eine Fleißaufgabe, welche die chinesische Volksrepublik verärgern<sup>35)</sup> und nicht einmal bei den Nationalchinesen auf Gegenliebe stoßen würde, die ebenfalls ihre ablehnende Haltung zu jeder Art von Zwei-China-Formel zur Genüge klargestellt haben.<sup>36)</sup> Rechtlich gesehen wäre es die Teilnahme an einer Aktion, welche in die Rechte eines Staates eingreift, dessen Zentralregierung man erst kürzlich auf Grundlage der Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen anerkannt hat.<sup>37)</sup>

Sun Yat-sen, der Vater der chinesischen Republik, hat bereits Anfang der zwanziger Jahre die Lösung der chinesischen Frage zum zentralen Problem des Weltfriedens erklärt<sup>38)</sup>. Eine an der Rolle Chinas in der Staatengemeinschaft und den einschlägigen völkerrechtlichen Vorschriften orientierte Haltung Österreichs in der China-Debatte auf der kommenden Generalversammlung könnte einen wichtigen Beitrag dazu darstellen.

- 1) Vgl. dazu die amtliche Mitteilung des Eidgenössischen Politischen Departements vom 17. Jänner 1950. Abdruck bei R. L. Bindschedler, Die Anerkennung im Völkerrecht, in: Archiv des Völkerrechts, Bd. 9, 1961/62, S. 384
- 2) Darüber haben mit Akribie Beweis geführt: Bindschedler, op. cit. S. 390, Ti-Chiang Chen, The International Law of Recognition, London 1951, S. 327; Josef Kunz, Die Anerkennung der Staaten im Völkerrecht (Handbuch des Völkerrechts, hrsggb. von Stier-Somlo, 3. Abt., 2. Bd.), Stuttgart 1928, S. 145f; H. Lauterpacht, Recognition in International Law, Cambridge 1947, S. 97, 115; J. Spiropoulos, Die de facto-Regierung im Völkerrecht, Kiel 1926, S. 25ff; Quincy Wright, Some Thoughts about Recognition, in: American Journal of International Law, Bd. 44, 1950, S. 553
- 3) S. dazu Gerd Kaminski, China-Taiwan, Frankfurt 1971, Kapitel 12
- 4) Vgl. Gerd Kaminski, Der chinesisch-sowjetische Grenzkonflikt um die Insel Damanski-Dschenbao, in: Österreichische Zeitschrift für öffentliches Recht, Bd. 20, 1970, S. 291-339
- 5) Vgl. den Bericht der New York Times vom 18. Dezember 1966, S. 1, über den Austritt von Senator Javits, welcher sich von dem Komitee mit der Bemerkung zurückzog, daß dessen unflexible Haltung selbst die Hoffnung auf Verhandlungen mit Peking ausschloß
- 6) Vgl. China, Vietnam and the United States – Highlights of the Hearings of the Senate Foreign Relations Committee, hrsggb. von M. B. Schnapper, Washington 1966
- 7) Vgl. Kaminski, China-Taiwan, Kapitel 18
- 8) Vgl. Kung Teh-liang, A Review of Washington-Peiping Relations in the Past Two Years, in: Issues and Studies, Bd. 7, Nr. 8, Mai 1971, S. 30f
- 9) S. Bericht der Washington Post vom 11. Juli 1970
- 10) Vgl. Bericht des Christian Science Monitor vom 25. September 1970
- 11) S. III – 25 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates, 12. Gesetzgebungsperiode; Abdruck in Chronik zur österreichischen Außenpolitik, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 10., 1970, S. 332f
- 12) So der Abgeordnete Dr. Karasek in einem Rundfunkinterview nach der Ausschußsitzung
- 13) Die rechtlichen und politischen Unzulänglichkeiten der Zwei-China-Konzeption wurden vom Verfasser in seinem Artikel „Anerkennung der Regierung in Peking?“ (in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 11, 1971, S. 17ff) aufgezeigt.
- 14) Vgl. „Unverfrorene Verfolgung des ‚Zwei-China‘-Planes“ – Meldung der Hsinhua-Nachrichtenagentur vom 4. August 1971, in: Peking Rundschau Nr. 32 vom 10. August 1971, S. 24f sowie die Erklärungen der nationalchinesischen Nationalversammlung und des Kontroll-Yuan vom 3. August 1971; – s. Freies Asien Nr. 29/1971 – 13. Jahrgang, 12. August 1971, S. 5f
- 15) Abdruck in: Peking Rundschau Nr. 43 vom 27. Oktober 1970, S. 14
- 16) Abdruck in: Peking Rundschau Nr. 49 vom 8. Dezember 1970, S. 9
- 17) Auch bei der am 26. März erfolgten Anerkennung der Regierung in Peking durch Kamerun sowie bei der erst kürzlich am 29. Juli vollzogenen Anerkennung durch Sierra Leone fand diese Formel Verwendung. – Vgl. Peking Rundschau Nr. 15 vom 13. April 1971, S. 8; Nr. 32 vom 10. August 1971, S. 20
- 18) S. Wiener Zeitung vom 28. Mai 1971, S. 1f; Peking Rundschau Nr. 22 vom 1. Juni 1971, S. 8f
- 19) S. Peking Rundschau Nr. 20 vom 18. Mai 1971, S. 6f
- 20) S. Gerhard Hafner, Die permanente Neutralität in der sowjetischen Völkerrechtslehre – Eine Analyse, in: Österreichische Zeitschrift für Öffentliches Recht, Bd. 19, 1969, S. 240

- 21) S. Ulrich Scheuner, Die Neutralität im heutigen Völkerrecht, Köln-Opladen 1969, S. 35; Dietrich Schindler, Aspects contemporains de la neutralité, in: Recueil de Cours, Bd. 2, 1967, S. 249f; Alfred Verdross, Austria's Permanent Neutrality and the United Nations Organization, in: American Journal of International Law, Bd. 50, 1956, S. 67f; idem, Neutrality within the Framework of the United Nations Organization, Symbolae Verzijl, Den Haag 1958, S. 414ff; Karl Zemanek, Das neutrale Österreich in den Vereinten Nationen, in: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik, Jg. 2, 1961/62, S. 15; Gerd Kaminski, Bewaffnete Neutralität, Wien 1971, S. 51ff
- 22) Vgl. Freies Asien, Jg. 13, 1971, Nr. 23, S. 1
- 23) S. Wiener Zeitung vom 28. Mai 1971, S. 2
- 24) Vgl. die unter der Patenschaft nationalchinesischer Stellen entstandene Untersuchung Schlomanns und Friedlingsteins, Die Maoisten, Frankfurt 1970
- 25) S. Peking Rundschau Nr. 20 vom 18. Mai 1971, S. 7
- 26) S. Peking Rundschau Nr. 22 vom 1. Juni 1971, S. 9
- 27) Vgl. Lin Biao, Es lebe der Sieg im Volkskrieg, Peking 1965, S. 46, wo die Notwendigkeit der eigenständigen Durchführung von Revolutionen und Volkskriegen ohne Hilfe von außen überaus klar zum Ausdruck kommt.
- 28) Vgl. dazu Peter Van Ness, Peking's Support for Wars of National Liberation-Revolution and Chinese Foreign Policy, Berkeley 1970, S. 158ff
- 29) Ja selbst Nachbarstaaten Chinas, deren teilweise noch feudalistische Gesellschaftsordnung vom Pekinger Regime zutiefst mißbilligt wird, können auf Grundlage der Reziprozität sich bester Beziehungen zur chinesischen Volksrepublik erfreuen, wie von Neville Maxwell erst kürzlich in seinem Artikel 'The Threat from China' (in: International Affairs, Bd. 47, Nr. 1, Jänner 1971, S. 40ff) eindrucksvoll nachgewiesen worden ist.
- 30) So erklärte die Korrespondentin der Österreichischen Tageszeitung „Die Presse“, Marlene Manthey, wörtlich: „Mit anderen Worten setzt sich Österreich für die sogenannte Zwei-China-Theorie ein...“ – S. „Die Presse“ vom 21/22. November 1970, S. 1
- 31) Vgl. Asahi Shinbun, Abendausgabe, 2. August 1971, S. 1
- 32) Vgl. etwa die Erklärung des nationalchinesischen Premiers Yen, die er anlässlich der Verlautbarung des bevorstehenden Besuchs Präsident Nixons in der Volksrepublik abgegeben hat. Abdruck in: Free China Weekly, Bd. 12, Nr. 28, 18. Juli 1971, S. 1
- 33) Vgl. Alfred Verdross, Völkerrecht, 5. Auflage, 1964, S. 208
- 34) Ein Überblick über die anhaltenden militärischen Aktionen, die vor allem von nationalchinesischer Seite sehr aktiv betrieben werden, findet sich bei E. Röper, Geteiltes China, Mainz 1967, S. 107ff
- 35) Vgl. Die Meldung der Hsinhua-Nachrichtenagentur, welches die betreffende Konzeption als illegalen und böswilligen Trick bezeichnet, durch den die Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China in den UN verhindert werden soll. – S. Peking Rundschau Nr. 32, 10. August 1971, S. 24f
- 36) S. oben unter 14)
- 37) S. oben unter 18)
- 38) S. Sun Yat-sen, The International Development of China, New-York-London 1922, S. V



## ÖSTERREICHER IN PEKING

von Rita Zeller

Frau Zeller, Wienerin, lebte von 1959 bis 1969 in Peking und war dort als Sprachlehrerin tätig.

Wir glauben, daß diese Skizze Rita Zellers über ihre Begegnungen mit Österreichern in Peking, der die Ursprünglichkeit des Selbsterlebten eigen ist, einen wenig bekannten aber nicht uninteressanten Aspekt der österreichisch-chinesischen Beziehungen aufzeigt.



Da zwischen Österreich und der V R China über 20 Jahre, außer auf dem Gebiet des Handels, kaum Beziehungen bestanden, ist es leicht erklärlich, daß die österreichische Kolonie in Peking nie sehr groß war. Als ich 1959 dort ankam, befanden sich zwei Österreicher in der Hauptstadt Chinas, während ein dritter in Tschungking lebte.

Ruth Weiss, eine gebürtige Klosterneuburgerin, war 1933 einem chinesischen Studenten nach Shanghai gefolgt. Sie war die erste Österreicherin, die mir in Peking begegnete. Wei Lu-shi, wie man sie in China nennt, gehört zu jenen Ausländern, die China und sein Volk wirklich lieben gelernt haben. Obwohl das Schicksal sie

durch ihre Ehe mit einem chinesischen Professor in den vierziger Jahren nach Amerika verschlug, kehrte sie zusammen mit ihren zwei kleinen Söhnen anfangs der fünfziger Jahre heim ins Reich der Mitte. Ihr Mann blieb in den USA. Ruth Weiss hatte leichten Herzens ihre gutbezahlte Stelle bei der UNO aufgegeben, als die Chance einer Rückkehr nach China bestand, denn sie fühlte sich als Chinesin. Interessanterweise reiste sie mit einem national-chinesischen Paß und wurde in der Volksrepublik China wie jeder andere Chinese, der aus dem Ausland heimkehrte, aufgenommen. Ihre beiden Söhne, die in Amerika das Licht der Welt erblickten, dürften kaum jemals daran gedacht

haben, nicht Chinesen zu sein. Frau Weiss spricht und schreibt ausgezeichnet chinesisch und wird sie manchmal für eine Ausländerin gehalten, protestiert sie energisch mit: „Wo shi chung guo ren“ (ich bin Chinesin, Staatsbürgerin), spricht sie jedoch deutsch, kann sie die Wienerin nicht verleugnen. Seit mehr als zwanzig Jahren übersetzt Ruth Weiss chinesische Literatur ins Deutsche und hat sich immer sehr bemüht, den wenigen Österreichern, die zu China Kontakte haben oder dort lebten, dieses große Land und Volk vorzustellen. Durch sie erfuhr ich über die Anwesenheit des zweiten Österreichers in Peking, Herrn Hüngstberg, ehemaliges Mitglied der Mission St. Gabriel (Baden bei Wien).

Herr Hüngstberg hatte es, nachdem er 1948 das Festland verlassen und einige Zeit auf Taiwan (Formosa) verbracht hatte, bald wieder nach Peking gezogen. Auch er übersetzt seit Jahren Texte aus dem Chinesischen ins Deutsche.

Als Harry Sichrovsky mit Familie nach Peking kam, um dort seine damalige Tätigkeit als Korrespondent der Volksstimme aufzunehmen, erwies sich Herr Hüngstberg als ausgezeichnete Lateinlehrer für Peter, dem Sohn des Journalisten. Peter hatte es in Peking mit seinem Studium nicht leicht – allerdings nahm er es leicht, da ihn damals die chinesische Küche viel mehr als das Lernen interessierte – denn es gab keine geeignete Schule für deutschsprachige Kinder. Peter mußte daher, in die Schule der DDR Botschaft gehen, die sich vom Wiener Gymnasium sehr unterschied und kein Latein lehrte. Inzwischen hat Peter hier sein Abitur gemacht, ist aber wie ich höre der chinesischen Küche treu geblieben und kocht selbst ausgezeichnete chinesische Speisen.

Um bei der chinesischen Küche zu bleiben, Otto Janecek, der Nachfolger Harry Sichrovskys, kam unter anderem auch nach China um abzunehmen. Er traf 1963 in Peking ein, als man noch immer davon sprach, daß China hungerte. Herr Janecek hat kein Kilogramm in Peking abgenommen, allerdings dürfte ihm das später in Wien gelungen sein, als er herumlief, um einen Verleger für sein Chinabuch „Die Mitte ist links“ zu finden. Das österreichische Interesse an China war zur damaligen Zeit sehr mäßig.

Ende 1963 kam ein alter Chinainteressent, Heinz Hardegen, nach Peking. Hardegen hatte bereits in den ersten Nachkriegsjahren an der Wiener Urania Chinesisch unterrichtet. Als er in Wien gefragt wurde, ob er Lust hätte, in Peking beim Rundfunk zu arbeiten, stellte er nur eine Frage: „Wann kann ich fahren“. Der Traum seines Lebens war im Alter von 56 Jahren für ihn in Erfüllung gegangen. Hardegen, der in China beson-

ders die Ruhe schätzte, in welcher man dort arbeiten konnte, vermochte mit seiner Kalligraphie so manchen Chinesen in Erstaunen zu versetzen.

Gestaunt haben wir Österreicher, auch Heinz Hardegen war mit von der Partie, eines abends in Shanghai, als wir nach einem Bummel durch die Nanking Lu (Kärntner Straße von Shanghai) in einem kleinen Cafe landeten, wo man uns Kaffee mit Schlagobers servierte. Die Chinesen trinken keinen Kaffee, nicht einmal roten Tee (russischen), aber dafür Unmengen von grünen Tee ohne Zucker. Daß man in Shanghai, einer Stadt, die eine hundertjährige ausländische Okkupation hinter sich hatte, in einem kleinen Lokal auf Kaffee stoßen könnte (in den Hotels wird selbstverständlich westliche Küche geboten), leuchtete uns noch ein, aber daß wir auch noch das Schlagobers darauf bekamen, empfanden wir als eine besondere Aufmerksamkeit des Kellners, der uns scheinbar an der Nasenspitze ansah, woher wir kamen.

Zum Thema trinken sei hier noch erwähnt, daß man in China, außer in der Provinz Kwangtung, wo jährlich zweimal die Exportmesse stattfindet, nur gekochtes Wasser trinkt und, da es auch kein Schwarzbrot in China gibt, würde der bekannte Spruch „Worauf freut sich der Wiener, wenn er aus China zurückkommt – auf das Hochquellenwasser und Ankerbrot“ fast zutreffen. Doch wer einmal die Kochkünste der Chinesen genossen hat, möchte dies um keinen Preis mehr missen. Ein Rat für die österreichischen Geschäftsleute, die zur Messe nach Kanton fahren: Keine Pumpernickel mitnehmen, sondern chinesisch essen.

Österreichische Spezialitäten gab es übrigens in Nordchina in den ehemaligen Kiesling Restaurants und Konditoreien in Peking, Tientsin und Peitaihe (Kurort am Gelben Meer, in welchem Diplomaten und ausländische Experten ihren Urlaub verbringen). Selbst Topfen und Bücklinge waren dort anzutreffen. Ja sogar Sachertorten wurden eine Zeit lang im Pekingener Warenhaus in der Wang Fu Ching (Mariahilfer Straße von Peking) verkauft. Frau Sacher hätte sich gewundert, wie gut die schmeckten.

Kurz nach Hardegens Eintreffen in Peking, kam auch seine Lebensgefährtin, Mini Czerni dort an. In ihr fand ich eine sehr nette Kollegin im Sprachunterricht am ERWEI (2. Pekingener Fremdspracheninstitut). Die Jahre an der Hsinhua Schule (sie ist der Nachrichtenagentur gleichen Namens angegliedert), wo ich vorher arbeitete, und am Sprachinstitut zählen zu den interessantesten und aufschlußreichsten meiner Anwesenheit in China. Da ich zu den wenigen Ausländer gehöre, die während ihrer Anwesenheit in China chinesisch

gelernt haben (es ist nicht leicht, diese Sprache zu lernen, leider haben sich die meisten auch nicht die Mühe genommen, sie zu erlernen), hatte ich einen sehr guten und freundschaftlichen Kontakt sowohl zu den Lehrern wie auch Studenten bekommen und dadurch eine Menge über China gelernt. Die gute Zusammenarbeit mit den chinesischen Kollegen und die Freude, welche die Studenten durch Fleiß und Wißbegierde dem Lehrer bereiteten, werden mir sicher unvergeßlich bleiben. Hoffentlich wird einer meiner Studenten eines Tages auch nach Wien in die Botschaft versetzt, deren Eröffnung bevorsteht.

Die Arbeit am Institut war nicht immer leicht, denn das Schulwesen vor der Kulturrevolution war mehr als reformbedürftig. Zwar hatte man 1964 damit begonnen, den Unterricht zu revolutionieren, doch wußten die wenigsten darüber Bescheid, wie man dies anstellen sollte. Die Weisungen Mao Tse-tungs in Bezug auf das Schulwesen waren in den Schreibtischladen der Verantwortlichen so lange liegen geblieben, bis es donnerte.

In den Jahren 1963 und 1964 schien man sich in Österreich ein wenig für China zu interessieren. Ich war damals gebeten worden, meine Meinung über die Auswahl von Bildern zu äußern, die für eine Ausstellung in Linz bereitgestellt waren. Die Initiative für diese Ausstellung hatte damals der Direktor des Linzer Museums ergriffen. Leider scheint es bei der einen Ausstellung geblieben zu sein. 1964 informierte man sich bei mir über den Wiener Kurier und über Dr. Portisch, der um ein Visum angesucht hatte. Nach dem Besuch von Dr. Portisch in China dürfte sich das Interesse der Österreicher an China wieder gelegt haben.

Richard Frey, der Wiener Mediziner, der 1938 nach China gekommen war, übersiedelte 1963 von Tschungking nach Peking. Er arbeitet seither an einem großen Pekinger Krankenhaus, dessen alter Trakt von den Amerikanern (Rockefeller) erbaut worden war. Es wird erzählt, daß Dean Rusk an der Erbauung dieses Krankenhauses mitgewirkt hat. Im Laufe der Jahrzehnte ist aus dem Shiä-huo yi yuan (Harmonie-Spital) die Chinesische Akademie der Medizin geworden. Herr Frey hat nach seiner Ankunft in China seinen Namen geändert, was in China eine durchaus normale Sache ist und für jedermann verständlich – man wählt sich ein Schriftzeichen aus, das einem gefällt, und heißt dann statt Li eben Chang, auch während der Kulturrevolution pflegte man dies noch zu tun – seine in Wien lebende Mutter hat ihm diese Namensänderung leider bis heute nicht verziehen.

Ein anderer Wiener Mediziner Dr. Fritz Jensen, der jahrelang in China lebte, kam bei dem Attentat auf das Flugzeug, welches Ministerpräsi-

dent Tschu En-lai im Jahre 1955 nach Bandung bringen sollte, ums Leben. Jensens Buch „China siegt“ erschien 1949 in Wien.

Auch die vor kurzem verstorbene Tochter von Frau DDr. Legradi (die immer sehr bemüht ist, den Handel mit China zu fördern) Franzi Sockal und ihr späterer Ehemann K. H. arbeiteten einige Zeit in Peking. Sie waren ebenfalls auf dem Sprachensektor tätig und wie die meisten von uns bemüht, unseren chinesischen Kollegen und Freunden ein Bild von unserer Heimat zu machen und umgekehrt den Österreichern das neue China vorzustellen. Hoffentlich ist unser Bemühen nicht ganz fruchtlos geblieben.

Etsuko Yoshimichi – Gerd Kaminski

#### ZUR JAPANISCHEN CHINA-POLITIK

Die Frage des Verhältnisses zu China hat stets eines der wichtigsten und zugleich schwierigsten Probleme in der japanischen Außenpolitik ausgemacht. Hält man kurze Rückschau auf die China-Politik, die von den bisherigen japanischen Regierungschefs verfolgt wurde, so wird man unschwer einen unsteten Zickzackkurs feststellen können. Trotz der Bemühungen der USA, Peking in seinen Handelsbeziehungen möglichst zu isolieren, duldet der liberaldemokratische Premier Yoshida nicht lange nach dem koreanischen Waffenstillstandsabkommen wohlwollend den Abschluß zweier privater Handelsübereinkommen zwischen japanischen Geschäftsleuten und Partnern in Peking. Weit mehr noch engagierte sich Premier Hatoyama, welcher Yoshida Ende 1954 ablöste. Er folgte dem Wunsch mehrerer Interessengruppen der japanischen Wirtschaft, die sich der Unterstützung konservativer Politiker erfreuten, und gestattete die Etablierung einer permanenten rotchinesischen Handelsmission in Tokio. Unter Premier Kishi, dem Bruder des jetzigen Premiers Sato, wie alle anderen japanischen Regierungschef der Nachkriegszeit Angehöriger der Liberaldemokratischen Partei (LDP), kühlte sich das Verhältnis zu Peking merklich ab. Kishi lag weit mehr daran, das Verhältnis zum Tschiang-Regime auf Taiwan freundschaftlich zu gestalten, als an einer Besserung der japanisch-chinesischen Beziehungen. Die Mitglieder der rotchinesischen Handelsmission wurden einer Behandlung durch die japanischen Behörden unterworfen, welche sie als schikanös empfinden mußten, und die Gegenmaßnahmen der Volksrepublik China ließen nicht lange auf sich warten. 1958 kündigte Peking alle mit japanischen Privatpersonen geschlossenen Handelsabkommen. 1960 sah sich Kishi von der politischen Szene verdrängt und sein Nachfolger Ikeda versuchte, den Kurs der japanischen China-Politik wiederum etwas im Sinne besserer Beziehungen zur Volksrepublik China zu korrigieren. Ikeda scheute sich nicht, vor Journalisten die Meinung zu vertreten, daß die Rückeroberung des Festlandes durch das Regime auf Taiwan ein „Gerücht . . . vielleicht ein Traum“ sei.<sup>1)</sup> Als die Organisatoren der Internationalen Sportwoche zu Tokio im Jahre 1963 die nationalchinesische Mannschaft unter dem Namen Taiwans und nicht unter dem Namen Chinas auftreten lassen wollten, führte dies zu antijapanischen Demonstrationen in Taipei. Weit mehr noch war die nationalchinesische Regierung durch die ständige Verstärkung der Handelsbeziehungen Japans mit dem chinesischen

Festland irritiert. Als zu Beginn des Jahres 1964 das sogenannte Liao-Takasaki-Abkommen geschlossen wurde und die japanische Regierung daran ging, den China-Handel durch Exportkredite der von ihr kontrollierten Export-Import-Bank zu unterstützen, schlug die Empörung in Taipei hohe Wellen. Ikeda sah sich veranlaßt, die nationalchinesische Führung zu versöhnen, und schickte zu dem Zweck den früheren Premier Yoshida nach Taiwan, welcher nach seiner Rückkehr seinen nationalchinesischen Gesprächspartnern brieflich die inoffizielle vertrauliche Mitteilung machte, daß von nun an Handelstreibende mit dem chinesischen Festland mit keinen Krediten der staatlichen Exportbank rechnen könnten.

Die kleinen Gesten, welche Ikeda im späteren Verlauf seiner Amtsperiode Taiwan gegenüber zu machen sich genötigt sah, wurden unter Sato, der Ikeda Ende 1964 ablöste, zu einer tiefen Verbeugung in Richtung des nationalchinesischen Regimes. So konnte das in Taipei herausgegebene China Yearbook 1964-65 mit Befriedigung eine wesentliche Besserung des nationalchinesisch-japanischen Verhältnisses feststellen.<sup>2)</sup> Was veranlaßte Sato, der von vielen als der Tschiang-freundlichste aller bisherigen japanischen Regierungschefs bezeichnet wird, zu solch einer Handlungsweise?

Die Antwort darauf mag sein, daß Sato nicht nur der Tschiang-freundlichste, sondern auch einer der konservativsten Premiers Japans ist. Er fühlt sich der traditionellen Denkkungsart und ihren Idealen stark verhaftet und es kann somit nicht verwundern, wenn dies in seiner China-Politik zum Ausdruck kommt. Sato glaubt Tschiang aus verschiedenen Gründen im Namen der Nation Dank abstaten zu müssen und Loyalität sind traditionelle japanische Werte, welche auch im modernen Japan ganz oben rangieren. Der Grund für Satos Dankbarkeit liegt im Verhalten Tschiangs nach der japanischen Kapitulation begründet. Tschiang war es, welcher den USA zugeredet hat, den Japanern ihren Tenno nicht zu nehmen. Er war es, der sich vor den ehemaligen Oberbefehlshaber der japanischen Streitkräfte in China und andere japanische Generäle stellte. Er sorgte dafür, daß diese japanischen Offiziere vor dem nationalchinesischen Schiedsgericht freigesprochen wurden, und verhinderte ihre Auslieferung an ein Kriegsgericht der chinesischen (kommunistischen) Volksbefreiungsarmee.<sup>3)</sup> Auch bezüglich der Reparationsforderungen Chinas an Japan hatte sich Tschiang als sehr großmütig erwiesen. – All dies höchstwahrscheinlich nicht ohne Grund, sondern in realer Einschätzung der Rolle Japans als möglicher Verbündeter in seiner Auseinandersetzung mit den chinesischen Kommunisten.

Immerhin fühlt sich Sato verpflichtet und er zögerte nicht, aus dieser moralischen Verbindlichkeit politische Konsequenzen zu ziehen. Sato folgte getreulich der Linie der amerikanischen China-Politik, die auf eine Stärkung der Position Nationalchinas und eine Isolierung Festlandchinas gerichtet war. 1966 brachte er seinen Staat in den Asia and Pacific Council, von dessen Mitgliedern die meisten der amerikanischen Vietnam-Politik positiv gegenüberstanden.

Was das Forum der UN betrifft, so trug Sato durch seine Anweisungen bezüglich des japanischen Abstimmungsverhaltens, wesentlich dazu bei, daß rotchinesische Delegierte von Chinas Sitzen in den Organen der UN ferngehalten werden konnten. Zwar hatte schon sein Vorgänger im Amte des Premiers eine Weichenstellung vorgenommen, indem er Japan im Jahre 1961 als Cosponsor jener Resolution auftreten ließ, welche für Entscheidungen bezüglich der chinesischen Vertretung in der Generalversammlung die 2/3-Mehrheit forderte, doch nahm die Regierung in Peking Sato sein Taktieren in den UN besonders übel, da er kaum daran dachte, wie die meisten seiner Vorgänger, jenes Vorgehen durch Gesten des guten Willens auf anderen Sektoren zu kompensieren. Das Mißvergnügen, welches die Führung in Peking empfand, kann man etwa aus einem 1964 in der Peking Rundschau erschienenen Artikel ablesen, der mit „Die Sato-Regierung spielt eine gemeine Rolle in der UNO“ überschrieben war und heftigste Angriffe gegen die nach Ansicht des Verfassers jenes Artikels chinafeindliche Politik Satos richtete.<sup>4)</sup>

Dieser setzte jedoch unbeirrt seinen außenpolitischen Kurs fort. — Noch die 1970 vom japanischen Außenministerium herausgegebene Broschüre „Japan in the United Nations“ steht auf dem Boden der 2/3-Mehrheit in der Frage der Vertretung Chinas.<sup>5)</sup>

Zweifellos war jedoch Satos China-Politik zu diesem Zeitpunkt bereits sehr umstritten. Es mehrten sich Stimmen, welche Sato daran erinnerten, daß Japan vor allem dem chinesischen Volk gegenüber seit mehr als einem halben Jahrhundert sich durch Aggressionsakte ins Unrecht gesetzt habe und daß es vor allem gelte, jenem Volk Abbitte zu leisten. Dies tue man aber keinesfalls, indem man ihm verunmögliche, in der Staatengemeinschaft ordentlich vertreten zu sein. Die gegenwärtige Politik Satos sei eine Politik der Demütigung des chinesischen Volkes — auch die Freunde der chinesischen Volksrepublik verstanden es, an den traditionellen Ehrenkodex zu appellieren — und müsse daher schleunigst geändert werden.<sup>6)</sup>

Diese moralischen Erwägungen waren durch solche realpolitischer Natur stark flankiert. Die

Nähe des zunehmend erstarkenden China ließ im Bewußtsein vieler Japaner die Überzeugung entstehen, daß man diesen wichtigen Faktor im internationalen Kräftespiel nicht länger ignorieren dürfe. Im Jahre 1969 erklärte der frühere japanische Außenminister Aichiro Fujiyama auf einer Konferenz von LDP-Abgeordneten mit amerikanischen Kongreßmitgliedern: „When we look at mainland China with her 780,000.000 people and her 9.95 million square kilometers of territory it is evident that we cannot think of peace, stability, and prosperity for Asia without taking China into consideration. Furthermore we cannot speak of future progress in the world while we ignore the Chinese people with all their experience in creating one of the world's great cultures over many long years of history.“<sup>7)</sup> Fujiyama fügte noch hinzu, die meisten Japaner stimmten darin überein, daß das Taiwan-Problem eine innerchinesische von den Chinesen selbst zu lösende Frage sei. Damit setzte er für die Beurteilung der Rolle Chinas in den japanischen bilateralen und multilateralen Beziehungen neue Maßstäbe. Fujiyama wurde von seinem Fraktionskollegen Tokuma Utsunomiya sekundiert, der betonte, daß es notwendig sei, die dem chinesischen Volk durch den japanischen Expansionismus zugefügten Leiden gutzumachen und dessen Nationalstolz zu berücksichtigen. Utsunomiya warf der japanischen Regierung vor, ihre China-Politik nicht nach eigenen Interessen und Erwägungen, sondern nach der amerikanischen Furcht vor China auszurichten.<sup>8)</sup>

Natürlich bedurften jene chinafreundlichen Abgeordneten eines „Aufhängers“, um ihren Bestrebungen entsprechende Publizität zu verschaffen. Dieser war nicht schwer zu finden. Es war der China-Handel, wo der liberale Flügel der LDP ansetzte, um die Sato-Regierung zu einem Kurswechsel zu bewegen. 1969 bezeichnete Utsunomiya den Yoshida-Brief als Sabotage des Tschiang-Regimes an den natürlichen Interessen des japanischen Volkes.<sup>9)</sup> Bei der japanischen Industrie und ihren Interessensvertretungen Widerhall zu finden, war ebenfalls nicht schwer. Hatte doch die chinesische Führung das Verhalten der japanischen Regierung zum Anlaß genommen, um den Handel mit Japan empfindlich zu drosseln. Die Abschlüsse auf der Kantoner Messe fielen 1970 auf 140 Millionen US-Dollar gegenüber 200 Millionen im vorhergehenden Jahr. Die Verkäufe an Maschinen sanken gar von 45 Millionen (1969) auf 4,7 Millionen (1970). Die Versicherungen von Beamten des Außenministeriums, China würde eher Japan brauchen als umgekehrt, wurden von der Industrie nicht ernst genommen, welche ihre Interessen im China-Handel zunehmend durch die Bundesre-

publik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Kanada gefährdet sah. Die japanischen Industriekapitäne gaben ihrer Regierung die Schuld, Japans Stellung im China-Handel zu gefährden, und forderten von ihr, über verbale Versicherungen hinaus, echte Anstrengungen zu einer Besserung des chinesisch-japanischen Verhältnisses zu unternehmen.

In den Ruf nach besseren Beziehungen stimmten auch wichtige Persönlichkeiten des japanischen Außenministeriums ein. An ihrer Spitze stand der damalige Außenminister Aichi, der am 3. Dezember 1970 vor dem Budgetausschuß erklärte, Japan werde wahrscheinlich von seinem bisherigen Abstimmungsverhalten in der Frage der Vertretung Chinas in den UN abgehen müssen.<sup>10)</sup>

Bald darauf kam auch der nötige politische Druck hinter diese Forderungen, als sich am 9. Dezember 1970 die „Interfraktionelle Vereinigung von Abgeordneten für die Wiederherstellung der japanisch-chinesischen diplomatischen Beziehungen“ konstituierte. Der Vereinigung gehören 379 Mitglieder an, was die Mehrheit in beiden Häusern des Parlamentes ausmacht. Die Mitglieder (95 Liberaldemokraten, 154 Sozialisten, 71 Komeito, 36 demokratische Sozialisten, 21 Kommunisten und 2 Unabhängige) beschlossen am 9. Dezember auf ihrer ersten Plenarsitzung, auf die rasche Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen mit Peking hinzuarbeiten, und machten diese Absicht mit einem von Vorstandsmitglied Utsunomiya unterzeichneten Rundschreiben bekannt.<sup>11)</sup>

An dieser Entwicklung konnte Premier Sato nicht mehr länger vorübergehen. Die Auseinandersetzung in der China-Frage hatte seine Partei in einem Maße gespalten, daß er eventuell sogar den Bestand seiner Regierung gefährdet sehen mußte. – Satos Anhänger in seiner ablehnenden Haltung gegenüber Peking wurden von Utsunomiya als Idioten bezeichnet und Sato selbst als Unteroffizier, dem die Japaner ihre Nation nicht anvertrauen könnten.<sup>12)</sup> Angesichts einer solchen Verschärfung des innerparteilichen Konflikts ging der Premier, wenn auch ungern, daran, etwas mehr Flexibilität zu zeigen. Kazutaka Kikawada, Präsident des Keizai Doyukai (Komitee für wirtschaftliche Entwicklung) und Vertrauter Satos ließ plötzlich verlauten, daß seine Organisation die Entsendung einer Wirtschaftsdelegation nach Peking vorbereite, und es wird berichtet, daß Kikawada den Vorsitzenden der prochinesischen Abgeordnetenvereinigung Aiichiro Fujiyama vor dessen Abreise zu Konsultationsgesprächen in Peking bat, dort für den Besuch von Mitgliedern seiner Organisation zu sondieren.<sup>13)</sup> Von besonderer Bedeutung ist auch,

daß die japanische Regierung plant, eine staatliche China-Handelsgesellschaft zu gründen, wodurch die für den China-Handel benötigten langfristigen staatlichen Kredite bereitgestellt würden.<sup>14)</sup>

Die Regierung der chinesischen Volksrepublik reagierte auf die japanischen wirtschaftlichen Annäherungsbestrebungen nicht ablehnend. – Im Gegenteil: jede der inoffiziellen oder halboffiziellen japanischen Delegationen konnte damit rechnen, daß zumindest ein Mitglied des Politbüros an dem Bankett teilnahm, welches die Chinesen regelmäßig ihren japanischen Gästen zu Ehren geben. In einem Punkte war jedoch die chinesische Haltung kompromißlos. Man besteht in Peking auf die Untrennbarkeit von Politik und Wirtschaft und macht chinesische Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet von der Erfüllung politischer Bedingungen durch die japanische Regierung abhängig.

Die wichtigsten von Peking geforderten Bedingungen findet man vielleicht am besten in der „Gemeinsamen Erklärung der Delegation der Gesellschaft für Chinesisch-japanische Freundschaft und der China besuchenden Delegation der japanischen Komeito<sup>15)</sup> (Komei Partei)“ zusammengefaßt. Neben den Punkten „Es gibt nur ein China, dessen rechtmäßige Regierung sich in Peking findet“, „Taiwan ist eine Provinz davon. Die Lösung des Taiwan-Problems ist eine innerchinesische Angelegenheit“, „Der Friedensvertrag, den die japanische Regierung mit dem Tschiang-Regime abgeschlossen hat, ist illegal und muß aufgehoben werden“, ist dort folgendes festgelegt: „... Der Volksrepublik China müssen ihre legitimen Rechte in allen Organisationen der Vereinten Nationen und ihr legitimes Recht auf den Status eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wiedergegeben werden, die ‚Repräsentanten‘ der Tschiangkaischek-Clique müssen aus den Vereinten Nationen vertrieben werden; unterschiedene Opposition gegen alle Komplote, mit denen die Wiederherstellung der erwähnten legitimen Rechte Chinas verhindert werden soll.“<sup>16)</sup>

Zuerst sah es so aus, als sei die japanische Regierung geneigt, den chinesischen Forderungen so weit wie möglich entgegenzukommen. Der ehemalige japanische Botschafter in Österreich, Hogen, welcher einem im japanischen Außenamt für Chinafragen gebildeten Komitee vorsteht, sagte am 14. Mai, die japanische Haltung für die kommende Generalversammlung sei noch nicht festgelegt. Man werde sich aber nicht durch den amerikanischen Standpunkt beeinflussen lassen.<sup>17)</sup> Sato erklärte im gleichen Monat, das China-Problem müsse im Licht der nationalen Interessen und eines internationalen Consensus gesehen werden. Er

würde gerne eine Delegation der LPD nach China schicken, wobei die chinesische Seite beachten solle, daß die LDP Regierungspartei ist. Sato schloß auch die Möglichkeit nicht aus, China selbst einen Besuch abzustatten.<sup>18)</sup>

In der Folge begann jedoch Sato in seiner China-Politik mit einem Hakenschlagen. Er löste den chinafreundlichen Außenminister Aichi durch seinen Kronprinzen Fukuda ab, wovon er sich offenbar eine gewisse Bremswirkung auf eine zu rasche Öffnung zu Peking versprach. Als er glaubte, jenen Kurswechsel glücklich hinter sich gebracht zu haben, wurde er jedoch durch eben jenen Verbündeten in Schwierigkeiten gebracht, der sonst immer die japanisch-rotchinesischen Kontakte mit erhobenen Zeigefinger verfolgt hatte. Als die Nachricht über den Chinabesuch Nixons bekannt wurde, mußte sich Sato am 19. Juli von dem Komeito-Abgeordneten Takeiri und dem sozialistischen Abgeordneten Kitayama den Vorwurf gefallen lassen, er hinke in seiner China-Politik selbst hinter den USA nach. Die beiden Abgeordneten forderten ihn auf, entweder zwecks Aufnahme diplomatischer Beziehungen nach Peking zu reisen oder, wenn er sich weiter nicht um die China-Frage kümmern wolle, daraus durch seinen Rücktritt die Konsequenzen zu ziehen.<sup>19)</sup> Aber nicht nur die Oppositionsparteien liefen Sturm, auch in den eigenen Reihen wurde die Kritik unüberhörbar. Zugleich mit den Führern der Opposition stellten auch die LPD-Abgeordneten Miki und Kawasaki fest, daß die China-Politik Satos einer Revision bedürfe. Heftige Kämpfe innerhalb der LDP wurden schließlich unterdrückt, ohne daß die vom Abgeordneten Aiichiro Fujiyama geforderte chinafreundliche Resolution beschlossen wurde. Den Debatten im Reichstag bereitete des Ablaufs der Sitzungsperiode ein Ende.<sup>20)</sup>

Premier Sato, der anlässlich der an seiner Politik geübten Kritik im Reichstag versprochen hatte, er würde die Kontakte zur chinesischen Volksrepublik pflegen, geht nur sehr zögernd daran, sein Versprechen zu verwirklichen. In dem Zusammenhang erklärte am 27. Juli 1971 der Vertreter des japanischen Außenministeriums, Kimura, vor dem China-Komitee des Außenministeriums, die Ein-China-Politik müsse zum Prinzip der japanischen Außenpolitik werden. Wenn Sato eine Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen ernsthaft anstrebe, so müsse er die Regierung in Peking akzeptieren. Kimura prophezeite den Einzug einer rotchinesischen Delegation in die UN noch für dieses Jahr.

Die flexible Haltung der Spezialisten des japanischen Außenamtes wurde jedoch durch eine am 6. August von Sato zu Hiroshima abgegebene Erklärung in die Schranken gewiesen. Sato enga-

gierte sich vorbehaltlos für den amerikanischen Standpunkt, kündigte an, Japan werde für die modifizierte 2/3-Mehrheitsresolution stimmen (Qualifizierte Mehrheit nicht mehr für den Einzug der rotchinesischen, sondern für das Ausscheiden der nationalchinesischen Delegation) und machte sogar deutlich, daß sich Japan eventuell stärker für das Tschiang-Regime einsetzen werde als die USA.<sup>21)</sup>

Mittlerweile hat das chinesische Außenministerium in einer Erklärung vom 20. August 1971 die in der modifizierten 2/3-Mehrheitsresolution als grobe Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten und Verletzung der UN-Satzung bezeichnet. Das chinesische Außenministerium hat keinen Zweifel darüber offen gelassen, daß Staaten, welche sich weiterhin gegen den Einzug einer Pekinger Delegation in die UN stellen, mit keiner Besserung ihrer Beziehungen zu China rechnen können.<sup>22)</sup>

Hat Sato wirklich vor, seinen am 6. August angekündigten Kurs allen inneren und äußeren Widerständen zum Trotz durchzusetzen? Eine Antwort darauf vermag die Erklärung seines Kabinettschefs Takeshita sein, welcher wenig später zu Satos Ankündigungen feststellte, daß über die Details des japanischen Marschplanes in der China-Frage auf der kommenden Generalversammlung noch geredet werden müsse.<sup>23)</sup> Dies läßt den Schluß zu, daß hinter den Kulissen noch heftige Kämpfe ausgetragen werden und daß das letzte Wort über die japanische Haltung in der Frage der Vertretung Chinas in den UN noch nicht gesprochen worden ist.

- 1) S. Douglas Mendel, *The Politics of Formosan Nationalism*, Berkeley-Los Angeles 1970, S. 199
- 2) S. *China Yearbook 1964-65*, Taipei, S. 243f
- 3) Zu den empörten Reaktionen der chinesischen Kommunisten s. Mao Tse-tung, Über den der reaktionären Kuomintang-Regierung erteilten Befehl, Yasuji Okamura, den ehemaligen Oberbefehlshaber der japanischen Aggressionsstreitkräfte in China, wieder zu verhaften und die Bürgerkriegsverbrecher der Kuomintang in Haft zu nehmen – Erklärung des Sprechers der Kommunistischen Partei Chinas (28. Jänner 1949), in: *Ausgewählte Werke*, Bd. 4, Peking 1969, S. 345ff
- 4) S. *Peking Rundschau* Nr. 14, 22. Dezember 1964, S. 6f

- 5) S. Japan in the United Nations, hrsggb. vom japanischen Außenministerium, Oktober 1970, S. 4f
- 6) Vgl. dazu etwa das Interview der Zeitschrift Bungei Shinju mit Fului Yoshimi und Shiba Ryotaro unter dem Titel „Die Frage, ob Japan mit China verhandeln soll, ist eine demütigende Diplomatie“, Juli-Sondernummer 1970, S. 94-106
- 7) S. Asian Dilemma: United States, Japan and China, hrsggb. von E. H. Burnell, Santa Barbara, 1969, S. 31
- 8) S. ibidem S. 13-16, 75
- 9) S. ibidem S. 148
- 10) S. Asahi Shinbun vom 3. Dezember 1970, S. 1
- 11) Das Schreiben ist vervielfältigt und mit 15. Dezember 1970 datiert.
- 12) S. Toshio Yoshimura, Sato or the LDP, in: Far Eastern Economic Review, 20. Februar 1971, S. 14f
- 13) S. Koji Nakamura, Merchant Kings at War, in: Far Eastern Economic Review, 20. Februar 1971, S. 37
- 14) S. Kim Woodard, Heads, Mao Wins, in: Far Eastern Economic Review, 20. Februar 1971, S. 26
- 15) Politische Organisation der japanischen buddhistischen Sekte Soka Gakkai
- 16) S. Peking Rundschau Nr. 28, 13. Juli 1971, S. 21
- 17) S. Asahi Shinbun, 14. Mai 1971, S. 1
- 18) S. Asahi Shinbun, 26. Mai 1971, S. 1
- 19) S. Asahi Shinbun, 20. Juli 1971, S. 1
- 20) S. Asahi Shinbun, 20. Juli 1971, S. 1
- 21) S. Asahi Shinbun, 7. August 1971, S. 1
- 22) S. Peking Rundschau Nr. 34, 24. August 1971, S. 4f
- 23) S. Asahi Shinbun, 8. August 1971, S. 1

Der von Dr. Thomas B. MANTON, Direktor an der Asia Society, New York, zugesagte Artikel über die amerikanische Chinapolitik ist leider durch den Postweg verzögert eingetroffen und wird in der nächsten Nummer nachgetragen.



Univ. Lektor Vivien Pick (geb. Hsü Dschi-siu)  
 Autorin der Monographie  
 „Dschunguo Hsiendai Huadschü Pinglun“  
 (Kritik des modernen chinesischen Dramas)

#### DER EINFLUSS DER KULTURREVOLUTION AUF DIE PEKING-OPER

Der Besuch einer Peking-Oper ist fast zum festen Bestandteil des Besuchsprogramms ausländischer Delegationen in China geworden. Staunend verfolgt der ausländische Gast, was ihm optisch und akustisch geboten wird. Nach der Kleidung der Darsteller zu schließen, liegt der Handlung ein modernes Thema zugrunde. Und doch – auf naturalistisch gespielte Szenen folgen plötzlich pantomimische oder akrobatische Einlagen, Musikstücke, die sehr stark an westliche symphonische Musik anklingen, werden plötzlich durch fremdartig anmutende, mit Fistelstimme gesungene Arien eines der Darsteller unterbrochen. Der aufmerksame Fremde mag feststellen, daß in diesem Kunstwerk alte und neue Formen zur Verwirklichung moderner dramatischer Anliegen eine Symbiose eingegangen sind. Doch wie kam es zu der Verschmelzung alter und moderner, chinesischer und westlicher Elemente?

Kuo Mo-jo, Dichter, Arzt, Archäologe, Journalist, Politiker und enger Freund Mao Tse-tungs, meinte dazu kürzlich: „... Wir haben in China viele Theaterstücke aus unserer feudalen Vergangenheit geerbt. Hinter ihrer nicht revolutionären Fassade waren sie in Wirklichkeit antirevolutionär, da sie auf unsere Kultur eine zersetzende Wirkung ausübten. Darüber hinaus hatten sie, obwohl ihr künstlerisches Niveau hoch war, keinen ideologischen Inhalt. Heute glauben wir, daß der künstlerische Inhalt eines Stückes weniger wichtig ist, als seine ideologische Aussage. Das heißt nicht, daß wir die Kunst der Politik opfern, sondern bedeutet, daß der politische Gehalt eines Stückes vor seinem eigentlichen künstlerischen Wert rangiert. Wir müssen nicht nur das Fremde in das Nationale, sondern auch das Alte in das Neue transformieren. Wir müssen die Blüten unserer vergangenen Kultur bewahren, während wir das Unkraut unterdrücken.“<sup>1)</sup>

Daß die Worte Kuo Mo-jos die heute in der Volksrepublik China gültige Auffassung über Kunst widerspiegeln, ist letztlich das Ergebnis der Kulturrevolution. Dennoch wäre es völlig verfehlt, die chinesische Kulturrevolution isoliert als die Ursache des Wandels in der chinesischen Kunstbetrachtung sehen zu wollen. Die Kulturrevolution bildete einen Höhepunkt in Bestrebungen Mao

Tse-tungs, die weit in die vierziger Jahre zurückreichen.

Bereits im Jahre 1942 brachte Mao Tse-tung in seinen „Reden bei der Aussprache in Yenän über Literatur und Kunst“ die Meinung deutlich zum Ausdruck, daß Literatur und Kunst den Arbeitern, Bauern und Soldaten zu dienen hätten.<sup>2)</sup> Nach ihrer Machtübernahme hatten die chinesischen Kommunisten jedoch ein derartig großes Quantum von Problemen zu bewältigen, daß sich in dem Riesenreich da und dort Aktivitäten entfalten konnten, die den von Mao Tse-tung im Jahre 1942 gegebenen Anweisungen insgeheim oder offen zuwiderliefen. Allein, dies blieb von Mao Tse-tung nicht unbemerkt und er ließ von Zeit zu Zeit seine warnende Stimme hören.

Am 20. Mai 1951 veröffentlichte er einen Leitartikel in der offiziellen chinesischen Tageszeitung Renmin Ribao, in der er den Film „Das Leben Wu Hsuns“ wegen Schönfärberei der feudalen chinesischen Kultur und schwerer ideologischer Mängel heftig kritisierte.<sup>3)</sup> 1954 stellte Mao Tse-tung in seinem „Brief über das Studium des ‚Traumes der roten Kammer‘“ (16. Oktober 1954) verärgert fest, daß seine Vorhaltungen aus dem Jahre 1952 fruchtlos geblieben seien. Der falsche Idealismus bürgerlicher Schriftsteller sei vielmehr dabei, die chinesische Jugend zu vergiften.<sup>4)</sup> Er gab aber deshalb nicht auf. Am 12. Dezember 1963 erließ er seine Instruktion über Literatur und Kunst. Darin warf er den Kunstschaffenden vor, daß auf vielen Sektoren noch die „Toten“ dominierten. „Ist es nicht absurd, daß viele Kommunisten von der Förderung feudaler und kapitalistischer Kunst begeistert sind, nicht aber von der sozialistischen Kunst?“ fragte er abschließend.<sup>5)</sup> In seiner am 27. Juni 1964 herausgegebenen Instruktion klang bereits hörbares Donnern mit: „In den letzten Jahren haben diese Vereinigungen, die meisten ihrer Publikationen (man sagt, daß einige wenige gut sind) und im großen und ganzen die Leute, die ihnen angehören (das trifft nicht auf jeden zu) die Politik der Partei nicht ausgeführt. Sie haben sich als hohe und mächtige Bürokraten aufgeführt, sind nicht unter die Arbeiter, Bauern und Soldaten gegangen und haben nicht die sozialistische Revolution und den sozialistischen Aufbau wiedergegeben. In den letzten Jahren sind sie geradezu an den Rand des Revisionismus herabgesunken. Wenn sie sich nicht wirklich ernstlich reformieren, so ist es gewiß, daß sie zu Gruppen wie dem ungarischen Petöfi-Klub werden.“<sup>6)</sup>

Mao Tse-tung wurde von seiner Frau Tschiang Tsching, einer ehemaligen Schauspielerin, die mit dem Metier vertraut ist, sekundiert. Im Juli 1964



hielt sie vor dem „Forum der am Theater Werktätigen, welche an den Festspielen der Peking-Oper über zeitgenössische Themen teilnehmen“ eine Rede. Sie beklagte es, daß von 3000 chinesischen Theatergruppen nur 90 das moderne Drama pflegten. Es sei daher kein Wunder, wenn auf der Bühne Kaiser, Könige, Generäle, Minister, Gelehrte, Schönheiten sowie Geister und Ungeheuer dominierten. Das Theater, so meinte Tschiang Tsching, sei aber eine Erziehungsanstalt und daher gelte es, mit dem feudalen und bürgerlichen Zeug aufzuräumen. Vor allem müßten neue Texte geschrieben werden, um den revolutionären Anforderungen zu genügen. Freilich hätte man dabei die Besonderheiten der Peking-Oper zu beachten. Es gelte Gesang und akrobatische Szenen vorzusehen bzw. Wörter zu verwenden, welche in das Reimschema der Peking-Oper passen. Die Sprache müsse die der Peking-Oper sein, da die Texte von den Darstellern sonst nicht gesungen werden könnten. Ansonsten dürfe man den Schauspielern jedoch keine Konzessionen machen. Ein besonderes Element der alten Peking-Oper sei die künstlerische Übertreibung gewesen. Naturgemäß kämen daher in ihr die negativen Charaktere leichter und besser zur Geltung. Wichtig sei aber, sich mit der Darstellung revolutionärer Helden auseinanderzusetzen. Da das Gute sich immer in der Majorität befinde, dürfe man das Schlechte am Theater nicht dominieren lassen.<sup>7)</sup>

Es sollte allerdings noch einige Zeit verstreichen, bevor sich die Frau Mao Tse-tungs mit ihren Ideen endgültig durchsetzen konnte. Der vor der Kulturrevolution in Fragen der Kunst dominierende Vize-Kulturminister Chou Yang teilte ihre Meinung in vielen wesentlichen Punkten nicht. Er hatte bereits am 26. März 1961 in einem in der Wenyi Bao veröffentlichten Artikel über „Die Frage der Themenwahl“ für den Kunstschaffenden volle künstlerische Freiheit gefordert. Von seinen Kritikern wurde ihm dies dahingehend ausgelegt, daß er unter dem Deckmantel der künstlerischen Freiheit in Wahrheit gegen die Parteilinie gerichtete künstlerische Produktionen fördern wollte. Doch Chou Yang scheute sich nicht, im Jahre 1962 mit einem in der Renmin Ribao veröffentlichten Leitartikel „Dient den breiten Volksmassen“ offen gegen Mao Tse-tung Stellung zu beziehen. Während Mao Tse-tung seinen Landsleuten immer wieder einschärfte, den Klassenkampf nicht zu vergessen und die Kunst ebenfalls als Kampfplatz dieser Auseinandersetzung anzusehen, vertrat Chou Yang in dem erwähnten Artikel die Meinung, die Revolution habe gesiegt, der Klassenkampf sei beendet und man müsse daher Kunst für alle machen.<sup>8)</sup>

Dann kam jedoch die Kulturrevolution, deren Ziele von Mao Tse-tung folgendermaßen beschrieben wurden: „Diese große proletarische Kulturrevolution ist absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhüten und den Sozialismus aufzubauen.“ Chou Yang, Lin Mo-han und andere, die als Revisionisten gebrandmarkt wurden, verloren das Spiel. In seinem am 1. April 1969 auf dem 9. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas erstatteten Bericht konnte Lin Biao in Abschnitt 2, der dem Verlauf der Kulturrevolution gewidmet war, die Vollzugsmeldung über die Reform im Kunstbereich erstatten.<sup>9)</sup>

Im Rahmen dieser Reform hatte Tschiang Tschin über ihre einflußreichen Positionen als 1. Stellvertretender Leiter der Kulturrevolutionsgruppe unter dem Zentralkomitee und Berater für Kulturarbeit in der chinesischen Armee eine große Dynamik entwickelt. Unter ihrer Anleitung wurden neue Peking-Opern geschaffen, von denen „Sha Chia Pang“, „Die rote Laterne“ und „Mit taktischem Geschick den Tigerberg erobert“ die berühmtesten sind.

Tschiang Tschin widmete ihre Aufmerksamkeit allen Details, die ihr wichtig schienen. Schauspieler, welche Bauern zu verkörpern hatten, wurden von ihr angehalten, einige Zeit auf dem Lande zu verbringen, um sich das nötige Bewußtsein für die Rolle zu verschaffen. Andere, welche Soldaten zu spielen hatten, schlossen sich vorübergehend Einheiten der chinesischen Armee an. Der besondere Einsatz Tschiang Tschin galt jedoch der Textrevision im Sinne der während der Kulturrevolution erstellten Prinzipien. An erster Stelle dieser Prinzipien stand die Forderung nach der Schaffung neuer Heldengestalten durch Anwendung der Lehren Mao Tse-tungs.<sup>10)</sup>

Als treffliches Beispiel der „ideologischen Läuterung“ einer Peking-Oper mag die Überarbeitung von „Mit taktischem Geschick den Tigerberg erobert“ angesehen werden, das in letzter Zeit in China besonders oft gegeben wird. Der Inhalt ist kurz geschildert folgender: Im nordöstlichen China ist die Chinesische Volksbefreiungsarmee 1946 dabei, Räuberbanden unschädlich zu machen. Eine berüchtigte Räuberbande unter ihrem Anführer „Geier“, die sich auf dem Tigerberg verschanzt hat, erpreßt und beraubt die umliegenden Dörfer. Da der Berg gut befestigt ist, müssen die Soldaten zu einer List greifen. Zugführer Yang Dsi-jung wird als Räuber verkleidet auf den Berg geschickt, um den Angriff auf die Bande vorzubereiten. Yang vermag tatsächlich mittels einer Karte, auf der die geheimen Treffpunkte einer anderen Bande ver-

zeichnet sind, das Vertrauen des „Geier“ zu gewinnen. Er meistert alle Situationen, auch die, als er von jenem Banditen, dem er die Karte abgenommen hat, als Angehöriger der Volksbefreiungsarmee erkannt wird. Es gelingt ihm, zu seiner Truppe Kontakt aufzunehmen, und während eines Festes, bei dem Yang die Räuber betrunken macht, wird die Bande von Soldaten und Dorfbewohnern gemeinsam überwältigt.

An den hier wiedergegebenen Grundzügen des Handlungsablaufes hat sich auch in der Neufassung nichts geändert. Um so mehr bemühte man sich, in den Details den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Das Kollektiv der Shanghaier Peking-Oper-Truppe, welches für die Umarbeitung verantwortlich zeichnet, hat in dem gemeinsam verfaßten Artikel „Strebt danach, glänzende Gestalten proletarischer Helden zu schaffen“<sup>1)</sup> die Motive der vorgenommenen Änderungen klargelegt.

Die alte Fassung war teilweise der These Chou Yangs gefolgt, man müsse auch die Schwächen der Arbeiter, Bauern und Soldaten aufzeigen, da sie sonst auf der Bühne so leblos wie Strohpuppen wirken würden. In diesem Sinne ließ man Yang bei seinem Aufstieg auf den Tigerberg obszöne Lieder summen, mit der Pflögetochter des „Geier“ flirten und mit den Banditen in vulgärer Sprache reden – Dinge, welche einer proletarischen Heldengestalt nicht wohl anstanden. Die Neufassung verzichtete auf dieses naturalistische Beiwerk und bemühte sich, statt dessen zu erklären, warum Yang zu einem solchen Wagnis willens und fähig war. So wurden Textstellen eingefügt, welche auf Yangs Abstammung aus einer Landarbeiterfamilie und sein Klassenbewußtsein hinwiesen. Während der Yang der Urfassung auf seinem Weg zum Schlupfwinkel der Banditen über seine Einsamkeit spricht und sich vor Skeletten graut, singt der Yang der 1969er Version von den revolutionären Idealen, die ihn vorwärtstreiben. Bereits vor seinem Aufbruch hat er in einem kompletten Liedzyklus, der auf Anweisung Tschiang Tschings eingearbeitet wurde, zum Ausdruck gebracht, wie sehr ihm die Bewältigung der Aufgabe durch seine politische Überzeugung erleichtert wird. Die Kühnheit Yangs wird dem Zuschauer durch einen lebhaften Reiteranzug und durch den Tanz beim Töten eines Tigers, der ihm den Weg versperrt, versinnbildlicht. Die Autoren der Neufassung fanden, daß darüber hinaus dem proletarischen Helden noch der Eindruck von Umsicht und Geistesgegenwart verliehen werden müsse. Sie arrangierten daher für ihn Wortgefechte mit den Banditen und zeigen, wie geschickt er diese überlistet, um der Truppe im Tal eine Botschaft zukommenlassen zu können. So

trachteten sie der selbstgestellten Aufgabe nachzukommen: „Durch Verbindung von revolutionären Realismus mit revolutionärer Romantik und Hervorhebung der inneren Gefühle und Gedanken der Charaktere von verschiedenen Aspekten aus die glänzenden Gestalten proletarischer Helden darzustellen.“

In der alten Peking-Oper konnte man von den verschiedenen Schminkmasken der Schauspieler ablesen, welchen Typ sie verkörpern. Nun ist man dazu übergegangen, den Kontrast zwischen Gut und Böse dadurch hervorzukehren, daß man die „Guten“ in der Mitte der Bühne agieren läßt, während ihre bösen Widersacher im Dämmerlicht der Bühnenbegrenzung stehen. Während in der ersten Fassung des „Tigerbergs“ der Banditenhäuptling seinen Hochsitz in der Mitte hatte, wurde er später auf die Seite verdrängt, um Raum für Yang Dsi-jung zu geben, der unter kämpferischer Musik einzieht und die ganze Zeit über im Mittelpunkt der Bühne steht.

Selbst um Bühnenbild und Lichteffekte kümmerte sich Tschiang Tsching. Sie warnte die Truppe vor „bürgerlichem Ästhetizismus“, wies aber darauf hin, daß ein wirkungsvoll entworfenes Bühnenbild positiv dazu beitrage, die innersten Gedanken und Gefühle des Haupthelden zu enthüllen. Also war der Schauplatz der 8. Szene (Yang bereitet sich vor, den Kameraden im Tal eine Botschaft zukommen zu lassen) zu ändern. Der Hauptdarsteller, der in der früheren Fassung in eine Höhle gepfercht war, steht nun aufrecht vor einer imposanten Kulisse hoch aufragender Berggipfel. Während er in seiner Hauptarie auf die Kraft der Ideen Mao Tse-tungs anspielt, bricht die Sonne durch die Wolken. „Dieses herrliche Bild, verbunden mit der Melodie ‚Der Osten erglüht, die Sonne geht auf‘, symbolisiert machtvoll die erhabene Geisteswelt Yang Dsi-jungs, der ‚die Morgensonne im Herzen hat‘“, kommentieren die Verfasser.

Das Theater als Erziehungsanstalt? Die Truppen der modernen Peking-Oper haben es auf ihre Weise verwirklicht.

- 1) S. Alessandro Casella, Open-ended Revolution, in: Far Eastern Economic Review, 26. Juni 1971, S. 24f
- 2) S. Mao Tse-tung, Aussprache in Yen-an über Literatur und Kunst, Schlußwort (23. Mai 1942), in: Ausgewählte Werke, Bd. 3, Peking 1969, S. 84

- 3) Abdruck in: Chinese Literature, Nr. 9, 1967, S. 5-7
- 4) S. ibidem S. 8-10
- 5) S. ibidem S. 11f
- 6) S. ibidem S. 12
- 7) S. Tschiang Tsching, Über die Revolution in der Peking-Oper, in: Chinese Literature, Nr. 8, S. 118ff
- 8) S. dazu Yao Wen-yuan, On the Counter-revolutionary Double-dealer Chou-Yang, in: Chinese Literature, Nr. 3, 1967, S. 24-71; Ai Yen, The Real Meaning of Chou Yang's 'Theorie of Broad Subject Matter', in: Chinese Literature Nr. 5/6, 1967, S. 144-153; Wang Hsiang-tung, For Ever Uphold the Orientation that Literature and Art must Serve the Workers, Peasents and Soldiers, in: Chinese Literature, Nr. 8, 1967, S. 115-128
- 9) S. Lin Biao, Bericht auf dem IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1969, S. 30-46
- 10) Vgl. etwa Tan Yuan-shan, Create Heroic Images by Applying Mao Tse-tung's Thought, in: Chinese Literature, Nr. 11, 1967, S. 38-102; Sun Kang, The Fundamental Task of Socialist Literature and Art, in: Chinese Literature, Nr. 10, S. 87-89; Struggle for the Creation of Typical Examples of Proletarian Heroes, in: Chinese Literature, Nr. 8, 1970, S. 53-69
- 11) S. Peking Rundschau, Nr. 51/52, 30. Dezember 1969, S. 38-44; Chinese Literature, Nr. 1, 1970, S. 58-74

CHRONIK DER  
ÖSTERREICHISCH-CHINESISCHEN BEZIEHUNGEN

1. Fakten und Daten

21. Oktober 1970:

Im Parlament geht der „Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über Überlegungen betreffend das Verhältnis Österreichs zur Volksrepublik China“ ein.

19. Februar 1971:

Der Außenpolitische Ausschuß des Nationalrats genehmigt den oben genannten Bericht des österreichischen Außenministers, Dr. Kirchschräger. Nach der Sitzung des Ausschusses gibt Nationalrat Dr. Karasek bekannt, daß man im Ausschuß die Verfolgung einer Zwei-China-Politik wegen der ablehnenden Haltung beider chinesischer Streitparteien für inopportun angesehen habe.

3. März 1971:

Nach dem Außenpolitischen Ausschuß gibt auch das Plenum des Nationalrates „grünes Licht“ für Anerkennungsverhandlungen mit der Regierung in Peking. In den Wortmeldungen kommt wiederholt der Wunsch zum Ausdruck, Österreich möge, unabhängig von den Verhandlungsergebnissen anderer Staaten, nach einer „österreichischen Formel“ streben.

10. März 1971:

Der erste Kontakt zu den chinesischen Verhandlungspartnern wird über die österreichische Botschaft in Bukarest aufgenommen. Das österreichische Anliegen nach einer besonderen Formel stößt bei der chinesischen Delegation auf Verständnis und nach zügigen Verhandlungen kann bereits am 26. Mai 1971 ein gemeinsames Kommuniqué über Anerkennung und Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet werden.

27. Mai 1971:

Um 13 Uhr MEZ wird das gemeinsame Kommuniqué gleichzeitig in Wien und Peking bekanntgegeben. Außenminister Dr. Kirchschräger betont, daß der Verhandlungserfolg zustande gekommen sei, ohne daß Nebenabreden verlangt oder gegeben wurden.

13. August 1971:

Konsul Richter reist nach Peking ab, um dort die für den Betrieb der österreichischen Botschaft

notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zu treffen.

21. August 1971:

In Wien trifft unter der Leitung des vorläufigen Geschäftsträgers, Botschaftsrat Sung, eine fünfköpfige chinesische Diplomaten-Gruppe ein, welche die Errichtung einer chinesischen Botschaft in Österreich vorbereiten soll.

23. August 1971:

Der Präsident der österreichischen Bundeswirtschaftskammer, Sallinger, fliegt mit einer österreichischen Wirtschaftsdelegation nach Peking ab. Seine Gespräche mit dem chinesischen Außenhandelsminister Kuo Pai-hsiang verlaufen erfolgreich. Es wird nicht nur vereinbart, daß eine Delegation österreichischer Firmen die Herbstmesse in Kanton besuchen und danach der Dialog über die österreichisch-chinesischen Handelsbeziehungen fortgesetzt werden soll, sondern auch der Besuch einer chinesischen Delegation von Wirtschaftsexperten in Wien vereinbart.

## 2. Dokumente

Leitartikel der offiziellen chinesischen  
Tageszeitung Renmin Ribao vom 29. Mai 1971

BEGRÜSSUNG DER AUFNAHME DIPLOMATISCHER  
BEZIEHUNGEN ZWISCHEN CHINA UND ÖSTERREICH

Nach freundschaftlichen Verhandlungen und auf Grund der Prinzipien der gegenseitigen Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und der Gleichberechtigung sowie des gegenseitigen Nutzens haben die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Republik Österreich beschlossen, ab 28. Mai 1971 gegenseitig anzuerkennen und offizielle diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Es ist ein begrüßenswertes Ereignis, daß ein neues Kapitel in den Beziehungen zwischen China und Österreich eröffnet worden ist.

Trotz der weiten Entfernung von Tausenden Kilometern zwischen China und Österreich bestehen seit jeher freundschaftliche Gefühle zwischen unseren beiden Völkern. Seit der Gründung der Volksrepublik China unterhalten unsere beiden Völker ständig kulturelle und wirtschaftliche Verbindungen. Im Jahre 1964 unterzeichneten der Chinesische Rat zur Förderung des Internationalen Handels und die Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs das Abkommen zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, nach dem beide Seiten Handelsvertretungen austauschten. Die Aufnahme offizieller diplomatischer Beziehungen zwischen China und Österreich entspricht den gemeinsamen Interessen der beiden Völker und widerspiegelt deren allgemeine Wünsche.

Unser großer Führer Vorsitzender Mao wies auf folgendes hin: „Die Volksrepublik China strebt stets, freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern auf Grund der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens, der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität herzustellen und zu entwickeln, und befolgt den Nachbarstaaten gegenüber eine gutnachbarliche Politik.“

Stets dieser Lehre des Vorsitzenden Mao Folge leistend, hat die chinesische Regierung diplomatische Beziehungen zu vielen Ländern aufgenommen und freundschaftliche Verbindungen mit

ihnen entwickelt. Wir vertreten seit eh und je die Auffassung: Alle Staaten, ob groß oder klein, sind in den internationalen Angelegenheiten gleichberechtigt und es wird niemals zugelassen, daß Großmächte kleine Länder schikanieren und starke Länder schwache tyrannisieren. Wir dulden keine Einmischung anderer Staaten in die inneren Angelegenheiten unseres Landes und werden uns niemals in die anderer Länder einmischen. Gemeinsam mit den Völkern der ganzen Welt sind wir entschieden dagegen, daß ein oder zwei „Supermächte“ eine Machtpolitik betreiben, die internationalen Angelegenheiten monopolisieren, die Souveränität anderer Staaten verletzen und den nationalen Interessen anderer Länder schaden. Dieser unser feste Standpunkt findet bei immer mehr Staaten Sympathie und Unterstützung.

Die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige legitime Regierung Chinas. Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil des Territoriums der Volksrepublik China. Der USA-Imperialismus hält mit Gewalt Chinas Taiwan besetzt und tut nun sein Äußerstes, um seine Politik „zwei China“ oder „ein China, ein Taiwan“ zu betreiben, die unumgänglich mit einer schmachvollen Niederlage enden wird.

Seitdem das österreichische Volk von der Aggression und Unterdrückung von seiten der deutschen Faschisten befreit ist, kämpft es unermüdet für die Wahrung der Unabhängigkeit und des Status des Friedens und der Neutralität seines eigenen Landes. Im Jahre 1955 proklamierte Österreich seine ständige Neutralität. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk sympathisieren stets mit dem österreichischen Volk in seinem gerechten Kampf, unterstützen es immer und respektieren Österreichs Status der Neutralität.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Österreich eröffnet der weiteren Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern eine weite Perspektive. Wir wünschen, daß sich die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem österreichischen Volk von Tag zu Tag entwickeln wird.

GEMEINSAMES KOMMUNIQUE DER REGIERUNG DER VOLKSREPUBLIK  
CHINA UND DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH  
ÜBER DIE AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN  
ZWISCHEN CHINA UND ÖSTERREICH

Die Regierung der Volksrepublik China und die Regierung der Republik Österreich haben beschlossen, gemäß den Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten sowie der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils mit Wirksamkeit vom 28. Mai 1971 sich gegenseitig anzuerkennen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und innerhalb von sechs Monaten gegenseitig Botschafter zu entsenden.

Die chinesische Regierung respektiert den Status der Neutralität der Republik Österreich.

Die österreichische Regierung anerkennt die Regierung der Volksrepublik China als die einzige rechtmäßige Regierung Chinas.

Die chinesische Regierung und die österreichische Regierung sind übereingekommen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des

gegenseitigen Vorteils gemäß den internationalen Gepflogenheiten für die Errichtung der Botschaft der Gegenseite in der betreffenden Hauptstadt und für die Durchführung ihrer Aufgaben alle erforderliche Hilfe zu gewähren.

Bukarest, den 26. Mai 1971

Botschafter der Volks-  
republik China in  
Rumänien

(gez.) Chang Hai-feng

Botschafter der Repu-  
blik Österreich in  
Rumänien

(gez.) Eduard Tschöp



Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältigung und für den Inhalt verantwortlich:  
Dr. Gerd Kaminski, A-1080 Wien, Langegasse 35a